

## Alexander Lebed - Jelzins Kronprinz? (II): Neue Funktionen, Positionen zu Wirtschaft und Außenpolitik, Perspektiven

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1996). *Alexander Lebed - Jelzins Kronprinz? (II): Neue Funktionen, Positionen zu Wirtschaft und Außenpolitik, Perspektiven*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 43/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46391>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Alexander LEBED - Jelzins Kronprinz?

### Teil II: Neue Funktionen, Positionen zu Wirtschaft und Außenpolitik, Perspektiven

#### **Zusammenfassung**

Alexander Lebed als neuer Sekretär des Sicherheitsrats koordiniert die Exekutivorgane bei der Umsetzung der Beschlüsse des Sicherheitsrats und kontrolliert die Ausführung der Dekrete des Präsidenten, die Sicherheitsfragen betreffen. Der Sicherheitsrat berät den Präsidenten in praktisch allen sozialen, wirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Fragen. Lebed möchte seine Zuständigkeit dahingehend erweitern, daß sämtliche Ernennungen auf Führungsebene sowie Funktions- und Strukturänderungen der Organe, die im Sicherheitsrat vertreten sind (Präsident, Premier sowie die Chefs der wichtigsten Ressorts), mit ihm abgesprochen werden. - Lebed ist für Marktwirtschaft und die strikte Trennung von Staat und Wirtschaft. Er fordert eine nachdrückliche Senkung der Steuern, ist für ausländische Investitionen, wenn sie Rußland nützen, und für einen Schutz des russischen Marktes. Lebed weiß, daß in bezug auf die GUS-Politik die Zeit der Imperien vorbei und die der souveränen Staaten gekommen ist. In der Frage der NATO-Osterweiterung hat er seine scharfe Ablehnung relativiert und meint einen Ausweg zu finden, wenn Moskau dem Westen nicht die Chance gibt, aus Rußland ein Schreckgespenst zu machen. Lebed rechnet mit einem vorzeitigen Ausscheiden Jelzins und seiner Wahl zum neuen russischen Präsidenten noch vor dem Jahr 2000.

#### **Neue Funktionen**

Lebeds neue Funktion vereinigt zwei bisherige Positionen: die eines Sekretärs des Sicherheitsrats und die eines Beraters des Präsidenten für nationale Sicherheit. Während es für letztere Funktion keine eigene gesetzliche Grundlage gibt und der bisherige Amtsinhaber Jurij Baturin sich im allgemeinen mit der Interpretation der Meinung des Präsidenten in Sicherheitsfragen gegenüber den Medien zufriedengab, sieht es beim Sicherheitsrat etwas anders aus.

Der Sicherheitsrat wurde im Juni 1992 vom Präsidenten der Russischen Föderation auf der Grundlage des russischen Sicherheitsgesetzes vom 5. März 1992<sup>1</sup> nach dem Vorbild des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats gebildet. Das Sicherheitsgesetz geht von einem erwei-

<sup>1</sup> Zakon Rossijskoj Federacii o bezopasnosti, in: Vedomosti S"ezda narodnych Deputatov Rossijskoj Federacii i Verchovno-go Soveta Rossijskoj Federacii, 15, 1992, Pos. 769.

terten Sicherheitsbegriff aus, der nahezu alle Erscheinungsformen des staatlichen und sozialen Lebens erfaßt.<sup>2</sup> Insofern behandelt der Sicherheitsrat innen- und außenpolitische Fragen der Russischen Föderation auf dem Gebiet der Sicherheit, strategische Probleme der staatlichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, Verteidigungs-, Informations-, ökologischen und anderer Formen der Sicherheit, des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung, der Prognose und Abwendung von Ausnahmesituationen und der Überwindung ihrer Folgen sowie der Gewährleistung der Stabilität der Rechtsordnung. Der Sicherheitsrat hat somit die Zuständigkeit in praktisch allen sozialen, wirtschaftlichen, militärischen und außenpolitischen Fragen.

Der Sicherheitsrat wurde zur Vorbereitung der Entscheidungen des Präsidenten im Bereich der Sicherheit geschaffen. Seine Kompetenz erstreckt sich auf die Ausarbeitung von Empfehlungen, die erst Rechtskraft erlangen, wenn der Präsident sie in Erlasse umsetzt. Ferner hat der Sicherheitsrat die Aufgabe, den alljährlichen Bericht des Präsidenten an das Parlament über die Lage im Land als grundlegendes programmatisches Dokument für die Exekutive auszuarbeiten. Seine Entscheidungen werden mit der einfachen Mehrheit seiner ständigen Mitglieder gefällt. Die Dekrete des Präsidenten, die auf der Basis der Ausarbeitungen des Sicherheitsrates herausgegeben werden, sind von den Ministerien und Behörden innerhalb von zwei Tagen in Verordnungen umzusetzen.<sup>3</sup>

Der Sicherheitsrat soll gemäß Gesetz wenigstens einmal im Monat tagen. Dem Sicherheitsrat gehören der Präsident als Vorsitzender, sein Sekretär sowie der Regierungschef als ständige und somit stimmberechtigte Mitglieder an. Ob das auch auf die neuen Vorsitzenden des Föderationsrats und der Staatsduma zutrifft, wie es bis zur Neuwahl des Parlaments 1995 der Fall war, ist noch offen. Nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind ein Stellvertretender Regierungschef, die Minister für Verteidigung, für Inneres, für Äußeres, für Justiz, für Finanzen, für Fragen der Zivilverteidigung, Ausnahmesituationen und die Beseitigung von Naturkatastrophen und für Atomenergiewirtschaft sowie die Direktoren folgender Föderaler Dienste: Grenzdienst, Auslandsaufklärung und Sicherheit. Mögliche weitere Sitzungsteilnehmer können der Erste Gehilfe des Präsidenten und der Leiter der Präsidialadministration sein.<sup>4</sup> Der Sicherheitsrat ist hinsichtlich seiner personellen Zusammensetzung demnach so konstruiert, daß er als Notstandskabinett fungieren könnte. Manche Beobachter vergleichen ihn auch mit dem ehemaligen Politbüro des ZK der KPdSU.

Der Sekretär des Sicherheitsrats, der zusammen mit dem Apparat des Sicherheitsrats, zu dem auch verschiedene Kommissionen gehören, fest in der Präsidialadministration verankert ist, kontrolliert die Ausführung der Beschlüsse des Sicherheitsrats und der Dekrete des Präsidenten, die Sicherheitsfragen betreffen. Außerdem koordiniert er die Tätigkeit der Exekutivorgane im Prozeß der Umsetzung der Beschlüsse des Sicherheitsrats.<sup>5</sup>

Der Sicherheitsrat ist in der russischen Verfassung verankert. In Artikel 83, Buchstabe g (dt. Ausg.), wird allerdings nur erwähnt, daß der Präsident den Sicherheitsrat der Russischen Föderation bildet und leitet. Weiter heißt es dort, daß den Status des Sicherheitsrats ein föderales Gesetz festlegt. Der Entwurf eines solchen Gesetzes liegt dem Parlament vor. Bisher ist aber das Sicherheitsratsgesetz weder von der alten noch von der neuen Staatsduma verabschiedet worden.

Während der Sicherheitsrat in den ersten Jahren unter Jelzin keine große politische Rolle spielte, hat er inzwischen wohl die Bedeutung eines obersten Führungsgremiums. So wurde der folgenreiche Beschluß, in Tschetschenien mit Truppen einzumarschieren, 1994 vom Sicherheitsrat gefaßt.<sup>6</sup> Die gesetzlich nicht geklärte Funktion des Sicherheitsrats bietet einem energischen Politiker genügend

<sup>2</sup> Hans-Henning Schröder, Jelzins neuer Sicherheitsrat: Umsturz auf leisen Sohlen? Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 38/1992.

<sup>3</sup> Ukaz Presidenta Rossijskoj Federacii o porjadke realizacii rešenij Soveta bezopasnosti Rossijskoj Federacii, in: Vedomosti S'ezda narodnych deputatov Rossijskoj Federacii i Verhovnogo Soveta Rossijskoj Federacii, 28, 1992, Pos. 1680.

<sup>4</sup> Hans-Henning Schröder, Instanzen sicherheitspolitischer Entscheidungen in der Jelzin-Administration, Berichte des BIOst, Nr. 18/1996, S. 23.

<sup>5</sup> Ukaz Presidenta Rossijskoj Federacii o porjadke realizacii rešenij Soveta bezopasnosti Rossijskoj Federacii, in: Vedomosti S'ezda narodnych deputatov Rossijskoj Federacii i Verhovnogo Soveta Rossijskoj Federacii, 28, 1992, Pos. 1680.

Möglichkeiten, dieses Organ nach seinen Vorstellungen umzuformen und zu seinen machtpolitischen Zwecken zu benutzen.

Lebed möchte vom Präsidenten deshalb für seine neue Aufgabe zusätzliche Vollmachten. Eines seiner Ziele ist es, aus dem Sicherheitsrat ein funktionierendes Arbeitsorgan zu machen.<sup>7</sup> Dazu lasse ihm Jelzin freie Hand.<sup>8</sup> Es geht Lebed vor allem darum, daß der Sicherheitsrat Einfluß auf die personelle Zusammensetzung, den Strukturaufbau, die Funktionen und die Finanzierung jener Organe nimmt, deren Leiter im Sicherheitsrat tätig sind. Sämtliche Ernennungen auf Führungsebene sowie Funktions- und Strukturänderungen dieser Organe sollten - so möchte es Lebed - mit dem Sekretär des Sicherheitsrats abgesprochen werden. Die bevollmächtigten Vertreter der Mitglieder des Sicherheitsrats sollen als ständige Mitarbeiter dieses Gremiums tätig sein, ohne ihre sonstigen Ämter und Befugnisse aufgeben zu müssen. Sie sollen den Operativrat beim Sicherheitsrat bilden, dem ein Informations- und Analysezentrum unterstehen wird. Zu den Aufgaben dieses Zentrums wird die Bearbeitung des gesamten Problemkomplexes der nationalen Sicherheit gehören. Das Zentrum soll auch rechtzeitig die Ursachen für eventuelle Instabilitäten erkennen und Maßnahmen zur Beeinflussung bzw. Unterbindung unerwünschter Prozesse ausarbeiten. Die gesamte Tätigkeit des Sicherheitsrats basiert auf den Bestimmungen der Verfassung und unterliegt der Kontrolle durch den Generalstaatsanwalt.<sup>9</sup>

## **Positionen zu Wirtschaft und Außenpolitik**

### ***Wirtschaft***

Für Lebed hat sich in Rußland der Nomenklatura-Sozialismus in einen Nomenklatura-Kapitalismus verwandelt.<sup>10</sup> Lebed ist für die Privatisierung von Grund und Boden. "Solange hier kein Mann auf seinem eigenen Boden steht, auf diesem Lande, das unter seiner eigenen Größe leidet, so lange wird nichts geschehen." Was bisher an Privatisierung geboten wurde, ist für ihn "Surrogat, Ausschußware, Schrott".<sup>11</sup> Deshalb forderte Lebed in seinem Wahlprogramm ein Referendum über die Privatisierung von Grund und Boden sowie eine deutliche Senkung der Steuern.<sup>12</sup>

Damit sich die Wirtschaft entwickeln kann, müssen die Ursachen für ihre Unordnung beseitigt werden: das System des korrumpierten bürokratischen Staates, mangelndes Verantwortungsbewußtsein (neobjazatel'nost') und die Angst vor den Verbrechern. Ansonsten soll es eine strenge Trennung von Staat und Wirtschaft geben. Der Staat hat in der Wirtschaft nach Lebed folgende Aufgaben: Eigentumsgarantie, Entwicklung klarer und exakter Regeln für das Wirtschaftsleben und die Gewährung der vollen Produktionsfreiheit, "Erlösung von der Angst vor dem Verbecher und dem Beamten" und ein Ende der Verschleuderung von Fiskalmitteln.<sup>13</sup> Wenn sich die russische Wirtschaft normal entwickeln kann, wird sie in zwei bis drei Jahren einen Boom erleben.<sup>14</sup>

Ausländische Investitionen begrüßt Lebed, wenn sie die Produktion weiterentwickeln, neue Arbeitsplätze schaffen und die Konkurrenzfähigkeit der russischen Industrie verbessern. Der russische Markt muß geschützt werden. Der Einfluß des Auslands auf strategisch wichtige Zweige wie Energie,

<sup>6</sup> Vgl. dazu: Eberhard Schneider, Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg - Abläufe, Motive, Akteure. Teil II: Entscheidungsablauf und rechtlich umstrittener Entscheidungsinhalt, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 19/ 1995.

<sup>7</sup> Interview in: Der Spiegel, 26, 1996, S. 129 f.

<sup>8</sup> Äußerung Lebeds laut Nachrichtenagentur "Nowosti", 20.6.1996.

<sup>9</sup> Erklärung Lebeds nach: Interfax, 18.6.1996.

<sup>10</sup> Interview in: Nezavisimaja gazeta, 23.5.1996.

<sup>11</sup> Interview in: Die Zeit, 3, 1995, S. 4.

<sup>12</sup> Äußerung Lebeds in Tscheljabinsk am 20.5.1996 laut Nachrichtenagentur ITAR-TASS, 20.5.1996; Interview in: Trud, 11.6.1996.

<sup>13</sup> Wahlprogramm Lebeds "Pravo i porjadok", in: Segodnja, 30.5.1996.

<sup>14</sup> Interview von Lebed in: Argumenty i fakty, 24, 1996, S. 6.

Transport, Kommunikation, Handel, Finanzen und Rüstungsindustrie muß begrenzt werden. Sonst bestehe die Gefahr, daß sich Rußland in eine Kolonie verwandle.<sup>15</sup>

### **GUS**

Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion rechnet Lebed zur russischen Interessensphäre, in der 25 Millionen Russen leben. "Man behandelt unsere Männer wie Sklaven und beleidigt unsere Frauen als Dirnen." Viele GUS-Staaten sind von russischen Energielieferungen abhängig. "Rußland braucht einfach nur den Gashahn zuzudrehen." Doch "wir werben um keine Bündnispartner. Wir müssen bei uns Ordnung schaffen."<sup>16</sup> Während sich der amerikanische Präsident Clinton 1995 um einen einzigen in Tschetschenien vermißten Amerikaner kümmerte, läßt der russische Präsident "Millionen ausgegrenzter Russen im Dreck" (Lebed meint die UdSSR-Nachfolgestaaten) sitzen.<sup>17</sup>

Lebed weiß, daß die Zeit der Imperien vorbei und die der souveränen Staaten gekommen ist. Er versteht nicht, was die Gründung der Vierergemeinschaft Rußland-Weißrußland-Kasachstan-Kyrgystan im Rahmen der GUS und im Rahmen dieser neuen Vierergemeinschaft die Bildung der Zweierunion Rußland-Weißrußland soll.<sup>18</sup>

### **NATO-Osterweiterung**

Lebed gehört zu den schärfsten Gegnern einer Osterweiterung der NATO. In einer tschechischen Tageszeitung erklärte er im April 1995, daß im Falle der Aufnahme Polens und Tschechiens in die NATO ein 3. Weltkrieg beginnen werde.<sup>19</sup> Für den Fall, daß die NATO "weiter vorrückt", kündigte Lebed fünf Monate später eine gemäßigte Reaktion an: die Bildung eines Gegenblocks, der aus Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Kasachstan und Mittelasien bestehen könnte sowie die Annullierung bestehender Abrüstungsverträge, was zu einem neuen Wettrüsten führen könne. Im übrigen rate er dem Westen, Rußland zu lieben, denn wenn es in Rußland krache, werde ganz Europa zum Friedhof. "Rußland muß man nicht aus Liebe lieben, sondern aus Haß."<sup>20</sup> Aber das genügt Lebed nicht. Westeuropa soll Rußland aus Eigennutz helfen.<sup>21</sup>

Auch in seiner neuen Funktion hat Lebed die Absicht, den Plänen für die NATO-Osterweiterung dezidiert entgegenzutreten. Er beschränkt sich allerdings darauf, daß er diejenigen, die für die Osterweiterung der NATO plädieren, ganz gewiß davon in Kenntnis setzen werde, daß die Errichtung einer entsprechenden Infrastruktur in Osteuropa die NATO 250 Milliarden Dollar kosten werde.<sup>22</sup>

Die militärisch-strategische Lage Rußlands war laut Lebed niemals schlechter als zur Zeit. Im Süden fühle sich Rußland von der instabilen und nicht kalkulierbaren islamischen Welt bedroht, im Osten von dem "demographischen Dampfkessel China, der systematisch wirtschaftliche und militärische Muskeln entwickelt", sowie von Japan, das Gebietsforderungen an Rußland habe, und im Westen von der NATO. Lebed will aus dieser Situation einen Ausweg finden, der letztlich darin besteht, dem Westen nicht die Chance zu geben, aus Rußland ein Schreckgespenst zu machen. Deshalb sei eine Armee reform dringend erforderlich.<sup>23</sup>

<sup>15</sup> Interview in: Trud, 11.6.1996.

<sup>16</sup> Interview in: Stern, 39, 1995, S. 28.

<sup>17</sup> Interview in: Der Spiegel, 20, 1995, S. 160.

<sup>18</sup> Interview in: Rabočaja tribuna, 23.4.1996.

<sup>19</sup> Interview in: Lidové noviny, 12.4.1995.

<sup>20</sup> Interview in: Stern, 39, 1995, S. 28.

<sup>21</sup> Interview in: Die Zeit, 3, 1995, S. 4.

<sup>22</sup> Äußerung Lebeds laut Nachrichtenagentur "Interfax", 18.6.1996.

<sup>23</sup> Aleksandr Lebed', Global'naja političeskaja inscenirovka, in: Nezavisimaja gazeta, 16.5.1996.

## Perspektiven

Lebed möchte kein Pinochet werden, weil ihm dessen Methoden nicht liegen.<sup>24</sup> Doch seinen Machtanspruch hat er schon ganz klar angemeldet: Er möchte - die *erste Variante* - der nächste russische Präsident werden, noch vor dem Jahr 2000.<sup>25</sup> Das würde bedeuten, daß Lebed nicht damit rechnet, daß Jelzin eine volle zweite Amtszeit wird durchstehen können. Wenn Jelzin, wahrscheinlich aus gesundheitlichen Gründen, vorher - unter Umständen von Lebed nachdrücklich nahegelegt - aus dem Präsidentenamt scheidet, müssen nach Verfassungsartikel 92 dann innerhalb von drei Monaten vorzeitige Präsidentschaftswahlen stattfinden, die Lebed offensichtlich meint, gewinnen zu können. In einem zukünftigen Präsidentenwahlgang hätte ein bis dahin weiterhin erfolgreicher Lebed wohl keinen ernstzunehmenden Gegner mehr.

Als Vorstufe dazu forderte Lebed in einem Interview mit dem russischen Fernsehen am 30. Juni 1996 die Wiedereinführung des Amtes eines Vizepräsidenten.<sup>26</sup> Dieses Amt ist in der neuen Verfassung nicht verankert, weil der damalige russische Vizepräsident, General Alexander Ruzkoj, 1993 gegen Jelzin putschte und Jelzin der Wiederholung einer solchen Konstellation vorbeugen wollte, indem er das Amt einfach abschaffte. Um das Amt des Vizepräsidenten nun wieder neu zu schaffen, wäre eine Änderung der Verfassung erforderlich, der mindestens drei Viertel aller Mitglieder des Föderationsrats, zwei Drittel aller Abgeordneten der Staatsduma (Art. 108) sowie die Gesetzgebungsorgane von mindestens zwei Dritteln der Föderationssubjekte (Art. 136) zustimmen müßten. Um das zu erreichen, müßte Lebed vor allem die Stimmen der Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma gewinnen. Das dürfte ihm nur gelingen, wenn Jelzin nach seiner Wiederwahl eine breite Koalitionsregierung unter Einschluß dieser beiden politischen Richtungen bildet, die Lebed ausdrücklich befürwortet.

Die *zweite Variante* geht davon aus, daß Jelzin nach gewonnener Wahl Lebed wieder fallenläßt oder zumindest dessen Kompetenzen einschränkt. Das dürfte unwahrscheinlich sein, denn auf wen sollte sich Jelzin dann noch stützen können?

Die *dritte Variante* nimmt an, daß sich Lebed in seinen neuen Funktionen zunehmend politisch "verbraucht" und schließlich an den unlösbaren Problemen Rußlands scheitert, so daß sein Image langsam verblaßt und er bei der nächsten Präsidentschaftswahl nicht mehr mit seinem Sieg rechnen kann. Lebed dürfte sich kaum in das bürokratische Alltagsgeschäft einzwängen lassen. Und er wird wohl klug genug sein, sich nicht auf Felder abdrängen zu lassen, auf denen er nicht erfolgreich sein kann. Wenn er sein Hauptziel, Recht und Ordnung in Rußland auf allen Ebenen wiederherzustellen, auch nur annähernd erreicht, dürfte das in vielen Bereichen, auch in der Wirtschaft, positive Auswirkungen haben und ihn in den Augen der Bevölkerung zum Helden machen. Um Recht und Ordnung wiederherzustellen, sind vielleicht die Fähigkeiten eines strategisch denkenden und energisch handelnden Generals, der in kurzer Zeit einen Bürgerkrieg beendet hat, eher geeignet als die Qualitäten eines Wirtschaftsmanagers oder eines ehemaligen Parteifunktionärs.

Eberhard Schneider

---

<sup>24</sup> Interview in: Die Zeit, 3, 1995, S. 4.

<sup>25</sup> Interview in: Der Spiegel, 26, 1996, S. 131.

<sup>26</sup> Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.7.1996.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1996 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071